

Wettbewerbsfähigkeit und Innovation

Obwohl die europäische Wirtschaft modern und recht erfolgreich ist, kann sie es sich nicht leisten, angesichts ständiger Innovationen und der Globalisierung still zu stehen. Daher fördert die EU mit ihrer Unternehmenspolitik Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dem verarbeitenden Gewerbe sowie kleinen und mittleren Unternehmen gilt dabei besondere Aufmerksamkeit.

Eine gesunde Industriestruktur und Mittel, sich neue Technologien zunutze machen zu können, sind Voraussetzung für mehr Wachstum in den wissensgestützten und innovativen Industriezweigen, die die EU-Wirtschaft ankurbeln und neue Arbeitsplätze schaffen sollen. Obwohl der Dienstleistungssektor in den letzten Jahrzehnten schnell gewachsen ist, bleibt das verarbeitende Gewerbe – das für drei Viertel der EU-Exporte verantwortlich ist – das Fundament der europäischen Wirtschaft.



Innovative Technologien sind für Wirtschaft und Industrie wichtig.

Das richtige Umfeld schaffen

Die EU-Unternehmenspolitik konzentriert sich auf die Schaffung eines angemessenen Umfelds für Investitionen in Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen. In diesem Umfeld können strategisch wichtige Wirtschaftszweige, wie die Luft- und Raumfahrtindustrie und die Biotechnologie, aber auch eher traditionelle Wirtschaftszweige, wie die Textil- oder Autobranche, weiter wachsen, da sie zu den technologischen Vorreitern gehören.

Allerdings erfordern Innovationen eine kritische Masse. In der Praxis mangelt es oft an Zusammenarbeit zwischen den Bildungs- und Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft. Von dieser Zusammenarbeit hängt jedoch ab, ob es bei der guten Idee im Labor bleibt oder aus ihr ein auf dem Weltmarkt erfolgreiches Produkt wird. Zurzeit wird das Europäische Innovations- und Technologieinstitut eingerichtet. Es soll durch sogenannte „[Wissens- und Innovationsgemeinschaften](#)“ – hochgradig integrierte öffentlich-private Netzwerke aus Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen, einschließlich kleinerer und mittlerer Unternehmen (KMU) – diese Zusammenarbeit fördern.

Think small first – Vorfahrt für KMU

Da in der EU die KMU zwei Drittel aller Arbeitsplätze stellen und 99 % aller Unternehmen KMU sind, lautet die Losung der Unternehmenspolitik der Kommission: „Think small first – Vorfahrt für KMU“.

Besondere Programme und Finanzierungsmöglichkeiten zielen darauf ab, Unternehmertum und Qualifikationsmaßnahmen zu fördern, den Marktzugang von KMU zu verbessern und ihr Wachstumspotenzial durch eine Ausweitung ihrer Forschungs- und Innovationskapazitäten zu erhöhen. So steht die Förderung der KMU auch im Mittelpunkt des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP), für das im Zeitraum 2007–2013 Mittel in Höhe von 3,6 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Über dieses Programm werden insbesondere Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien, in Umwelttechnologien sowie in Informations- und Kommunikationstechnologien gefördert.

Auch im Rahmen des wichtigsten EU-Programms zur Finanzierung wissenschaftlicher Forschung (7. RP) gilt den KMU besondere Aufmerksamkeit. Für das Programm stehen jährlich 7 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit gehört die EU zu den größten Geldgebern für akademische und industrielle Forschung und Entwicklung.

Bei Informations- und Beratungsbedarf können sich KMU an das „Enterprise Europe Network“ wenden, das EU-weit aus ca. 500 Anlaufstellen besteht und teilweise von der EU finanziert wird.



Den bürokratischen Aufwand für Unternehmen zu reduzieren ist eines der wichtigsten Ziele der EU.

Die richtigen Grundlagen legen

Eine Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung dieser politischen Maßnahmen ist ein funktionierender Binnenmarkt. Im Binnenmarkt – und insbesondere durch den freien Warenverkehr über die Grenzen hinweg – haben alle Unternehmen Zugang zu mehr potenziellen Verbrauchern, stehen aber gleichzeitig auch in einem stärkeren Wettbewerb miteinander. Daraus resultieren niedrigere Preise und eine größere Auswahl für die Verbraucher sowie zusätzliches Wirtschaftswachstum.

Die Binnenmarktvorschriften müssen jedoch regelmäßig überarbeitet werden, damit wir mit dem technologischen Fortschritt mithalten können. Mitgliedstaaten, die versucht sind, auf protektionistische Maßnahmen zurückzugreifen, müssen zur Ordnung gerufen werden, wenn alle Unternehmen in der EU weiterhin gleichbehandelt werden sollen.

Bis zur vollständigen Marktintegration in wichtigen Bereichen der unterstützenden Dienstleistungen für Unternehmen – wie etwa Kommunikation, Verkehr sowie Strom- und Gasversorgung – bleibt noch Einiges zu tun. Wettbewerb und Kostensenkungen bei diesen Dienstleistungen schlagen sich in niedrigeren Marktpreisen nieder.

Bürokratie abbauen

Schließlich muss auch das richtige Gleichgewicht zwischen Marktöffnungsregeln, Verbraucherschutzvorschriften und hohen ökologischen und sozialen Standards einerseits und dem damit einhergehenden Verwaltungsaufwand andererseits gefunden werden. Da

dieses Gleichgewicht zurzeit nicht gegeben ist, will die Europäische Kommission den Verwaltungsaufwand bis 2012 um 25 % reduzieren.

Das REACH-System zur Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe ist ein Beispiel dafür, wie komplexe Verwaltungsverfahren rationalisiert werden können, wenn 27 Länder ihre Anstrengungen bündeln. Die EU entwickelt eine zentrale Datenbank für die Registrierung von Chemikalien – ein nützliches Hilfsmittel für die Wirtschaft wie auch für politische Entscheidungsträger, die sich für den Umweltschutz engagieren.

Soziale und ökologische Wertvorstellungen

Die Vorrangigkeit der Themen „Arbeitsplätze“ und „Wachstum“ bedeutet nicht, dass gesellschaftliche und umweltpolitische Fragen vernachlässigt werden. Im Gegenteil, die EU setzt sich genauso überzeugt für verantwortungsbewusstes Unternehmertum ein, und zwar insbesondere für Qualifizierungsmaßnahmen, die Achtung der sozialen Rechte und der Menschenrechte sowie eine vernünftigeren Nutzung der natürlichen Ressourcen.